D04NEU 2% des BIPs für Rüstung: „Nein Danke!“

Gremium:	Juso-Landesvorstand
Beschlussdatum:	09/28/2020
Tagesordnungspunkt:	0.D - Demokratie/Innen/Außen/Rüstung

Antragstext

Wir fordern die Bundesregierung und damit vor allem die Bundesminister, die der SPD angehören, auf, sich auf dem nächsten NATO-Gipfel für die Abschaffung des 2% Ziels der NATO einzusetzen.

Trotz der im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU vereinbarten Kopplung fordern wir die Bundesregierung auf, die 0,7% ODA-Quote unabhängig von der Einhaltung der NATO-Quote ohne Anrechnung von Kosten für die Versorgung Geflüchteter im Inland zu erfüllen.

Sollte die o.g. Forderung nicht umgesetzt werden können, sollen die Rüstungsausgaben im Sinne eines positiven Dual-Use so friedlich wie möglich eingesetzt werden, bspw. durch den Ausbau von zivil nutzbarer Infrastruktur, in der Sanitätsabteilung des Militärs oder in die Cyber-Abteilung zur Förderung von Open-Source-Software. Das bedeutet insbesondere, dass wir keinen zusätzlichen Cent in Angriffswaffen, wie Flugzeugträger, Panzer und Drohnen investieren.

Begründung

- Sollte die Bundesrepublik wirklich 2% des BIPs für Verteidigung ausgegeben, dann würde sie etwa 85 Mrd € ausgegeben. So würde Deutschland zum Land mit dem drittgrößten Wehretat aufsteigen. Das ist nicht hinzunehmen und mit unserer Geschichte nicht vereinbar.

- Im Haushaltsjahr 2019 gab Deutschland etwa 45 Milliarden Euro für Verteidigung aus. Zum Vergleich: Für Familie, Senioren, Frauen und Jugend waren es nur etwa 12 Mrd. Euro und damit nur ein etwa Viertel des hypothetisch erforderlichen Verteidigungsetats. Im extremsten Fall haben wir also kein Geld für Frauenhäuser, aber Geld für Rüstung. Genau solche extremen Unterschiede zeigen sich auch im Vergleich mit dem Bereich Bildung und Forschung. Das kann einfach nicht sein!

- Die Absurdität einer rigiden 2%-Forderung zeigt sich gerade jetzt in der Corona-Krise: Durch eine

stagnierende Wirtschaft rückt das Ziel, 2% des BIPs für Rüstungsausgaben auszugeben bei konstantem Wehretat näher denn je. Ohne auch nur einen Cent mehr zu investieren könnte Deutschland das Ziel also plötzlich einhalten. Das zeigt, wie wenig die Forderung an einer faktischen Notwendigkeit ausgerichtet ist.

- Mit dem Zerfall der Sowjetunion und damit auch des Warschauer Paktes wurden in den 1990er Jahren ehemalige Mitgliedstaaten der UdSSR/ Warschauer Paktes in die EU und auch in die NATO aufgenommen. Damit sollte der Kontinent Europa sicherer gemacht werden. Dies ist auch gelungen. Bis 2014 hatte die NATO auch ein sehr gutes Verhältnis zu Russland (NATO-Russland-Rat), doch mit der Annektion der Krim im Jahr 2014 verschlechterten sich die Beziehungen zu Russland. In diesem Klima wurde das 2%-Ziel der Nato beschlossen. Man begründete diese Entscheidung damit, dass Russland erwägen würde, ehemalige Sowjetrepubliken ebenfalls zu annektieren. Die Aufrüstung innerhalb der NATO führte u.a. dazu, dass sich in Russland zunehmend Nationalismus breit macht und sich die Beziehung zwischen Russland, der USA und Europa insgesamt verschlechtert haben. Nachdem dies erkannt wurde, forderten und fordern inzwischen viele, sowohl Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten, dass die Kontakte zu Russland wieder aufgenommen werden und damit die Beziehung bzw. Partnerschaft zu Russland wieder gestärkt wird. Dies ist auch damit zu begründen, dass die Beziehung zu den USA mit der Amtseinführung Donald Trumps schwieriger geworden sind, was man leider auch durch die einseitige Kündigung des INF-Vertrages oder des Open-Skies-Vertrages durch die USA sehen kann.
  Zur Verbesserung der Beziehung ist keine Aufrüstung nötig, sondern Diplomatie angebracht – denn Waffen bringen bekanntlich keinen Frieden.

- Das Etatrecht ist seit jeher ein essentielles Privileg der Parlamente. Das gilt aus gutem Grund auch in Deutschland, und es gilt insbesondere auch für das Verteidigungsbudget. Keine internationale Organisation und keine Bundesregierung können dem Bundestag vorschreiben, wie hoch das Budget für den Bereich Verteidigung sein soll.